

Kein Prosperitätsregime im Irak

Kooptation patrimonialer Machthaber und Truppenabzug statt Demokratisierung

Sören Scholvin

Seit Juni 2009 sind alle ausländischen Streitkräfte außerhalb der irakischen Städte stationiert. Die sicherheitspolitische Alltagsarbeit obliegt irakischen Verbänden. Es ist zu erwarten, dass bereits nach den irakischen Wahlen im Januar 2010 das Gros der derzeit 138.000 US-amerikanischen Soldaten abgezogen werden wird. Hiermit wird oft eine Stabilisierung des Landes assoziiert und tatsächlich ist die Zahl der ums Leben gekommenen Zivilisten seit dem Höhepunkt der Gewalt in der zweiten Jahreshälfte 2008 von 3.500 auf 200 bis 350 pro Monat zurückgegangen.¹ Der Abzug der USA und ihrer Verbündeten ist jedoch ohne vorhergehende politische Konfliktregelung zwischen den verfeindeten, ethnisch-konfessionell voneinander abgegrenzten Gruppen nicht nur sicherheitspolitisch äußerst riskant. Entgegen der ursprünglichen Kriegsziele gibt die US-Regierung das Ziel eines demokratisch legitimierten Gewaltmonopols als Grundlage landesweiter Stabilität auf.

Ein Prosperitätsregime für den Irak

Hintergrund des Dritten Golfkrieges sind der Aufstieg der Neokonservativen in den USA mit dem Amtsantritt von George W. Bush im Januar 2001 und die Anschläge vom 11. September 2001. Die Lehre, die die Bush-Administration aus dem 11. September zog war, dass sicherheitspolitischen Gefahrenquellen nicht erst dann ent-

¹ Aktuelle Informationen zur Entwicklung der Sicherheits- und Wirtschaftslage im Irak seit dem Sturz des Ba'ath-Regimes bietet der „Iraq Index“ des Saban Center for Middle East Policy (2003-2009).

Landesdaten Irak

Regierungsform: parlamentarische Demokratie

Bevölkerung: 28,9 Millionen

Fläche: 438.317 km²

BIP pro Kopf: 4.000 US-Dollar (2008)

Wirtschaftswachstum 2006-2007-2008: 6,2%-1,5%-9,8%

Human Development Index: nicht gewertet

Gini-Index: nicht gewertet

Corruption Perceptions Index: Rang 178 von 180 (2008)

ethnische Gruppen: 75-80% Araber, 15-20% Kurden, 5% Assyrer, Turkmenen und andere

Religion: 60-65% schiitische Muslime, 32-37% sunnitische Muslime, 3% Christen und andere

gegengewirkt werden dürfe, wenn ein Angriff unmittelbar bevorsteht. Ein *präventives* Vorgehen sei nicht mehr möglich. Anders als in klassischen symmetrischen Kriegen, bei denen Angriffsvorbereitungen wie die Mobilmachung und Verlegung großer Truppenkontingente in der Regel deutlich sichtbar sind, könnten Angriffe in asymmetrischen Kriegen, zum Beispiel beim Terrorismus, nämlich kaum antizipiert werden. Folglich wurde im Sinne der Bush-Doktrin eine *präemptive* Sicherheitspolitik notwendig, die sich bereits gegen potentielle Gefahrenquellen wie Ausbildungslager von Terroristen richtet, von denen kein unmittelbarer Angriff droht. Im Nahen und Mittleren Osten lief diese Sicherheitspolitik auf eine umfassende Demokratisierung hinaus. Sie wurde als wirksame Maßnahme gegen islamistischen Terrorismus betrachtet (Bush 2002). Nachdem sich die Rechtfertigung des Einmarsches in den Irak

mit angeblichen Massenvernichtungswaffen des Ba'ath-Regimes als nicht haltbar erwiesen hatte, wurden Demokratisierung und Stabilisierung auch gegenüber der Öffentlichkeit als Kriegsgründe betont.

Darüber hinaus wurde die Entscheidung, im Irak militärisch zu intervenieren, durch eine Umkehr der Dominotheorie gerechtfertigt: Wurde einst angenommen, ein kommunistischer Sieg in Vietnam würde die anderen Staaten Südostasiens wie Dominosteine zum Umfallen bringen, hofften die Neokonservativen im Frühjahr 2003, durch den Sturz des Ba'ath-Regimes in Bagdad weitgehende Politikwechsel in Iran, Nordkorea und Syrien bewirken zu können.

Philipp Le Billon und Fouad El Khatib (2004: 121-123, 127-128) sowie Herfried Münkler (2003: 42, 50-51) gehen davon aus, dass die Bush-Administration ein „Prosperitätsregime“ im Zweistromland schaffen wollte. Dieses, so die Annahme der Neokonservativen, werde die Ölressourcen transparent und entwicklungsfördernd einsetzen und durch regionale wirtschaftliche Kooperation – beispielsweise eine Pipeline zur israelischen Hafenstadt Haifa (Vuillamy 2003) – Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten verbreiten. Ein mit dem Regimewechsel einhergehender Wirtschaftsaufschwung werde langfristig eine starke Mittelschicht erzeugen, die das Rekrutierungsbecken der Elite des Landes und den Garanten einer friedlichen Demokratie bilden werde. Die Zusammenhänge von Ölreichtum, Autoritarismus und aggressiver Außenpolitik hoffte man so aufzubrechen. Ein weitgehender Abzug der eigenen Truppen aus der ganzen Region wäre dann zügig möglich und das Dilemma der US-amerikanischen Golfpolitik, sich entweder durch massive regionale Präsenz und das Sanktionsregime gegen den Irak vor allem in der arabischen Welt zu diskreditieren oder eine erneute Machtübernahme anti-amerikanischer Kräfte durch einen Rückzug zu riskieren (vgl. Münkler 2003: 112-113), aufgelöst. Stattdessen hätte man mit einem demokratischen Irak einen der stärksten Staaten der Region als sicheren Verbündeten.

Diverse Planungen geben die äußerst optimistischen Erwartungen eines raschen und reibungslosen Übergangs zu einem Prosperitätsregime wieder. So ging der damalige *Secretary of the Army* Thomas White davon aus, die ersten 50.000 US-amerikanischen Soldaten könnten 90 Tage nach Ende der Militäroperation abgezogen werden. Im 30-Tage-Rhythmus würden danach je weitere 50.000 folgen (Hendrickson/Tucker 2005: 29). Allein die Tatsache, dass

die USA über keinerlei detaillierte Militär- und Verwaltungspläne für die Zeit nach dem Sieg über die Ba'ath-Diktatur verfügten (O'Hanlon 2005) verdeutlicht, wie stark die Überzeugung von einem nahezu problemlosen Übergang zu einem Prosperitätsregime gewesen sein muss und wie wenig lokale Macht- und Herrschaftsbeziehungen bedacht wurden.

Das Legitimitätsproblem der USA und der Truppenabzug

Entgegen diesen optimistischen Planungen folgte auf den Sturz der Ba'ath-Diktatur ein langwieriger Aufstand gegen die Besatzungstruppen, geführt von Ba'athisten und militanten Islamisten. Die Sicherheitslage im Irak verschlechterte sich täglich. Die US-Truppen und ihre Verbündeten sehen sich bis heute mit der Aufgabe konfrontiert, das Land gegen eine Vielzahl gewaltsam vorgehender Gruppen unter Einsatz militärischer Mittel zu stabilisieren.

Auf Grund der ständigen Verluste, die die US-Truppen und ihre Verbündeten seit 2003 erlitten haben, ist die Zustimmung zum Engagement im Irak in ihren Gesellschaften rasch gesunken. Dies kann teils auf das, was Münkler (2005: 227-230, 2006: 214) als Dilemma „postheroischer Kriegsführung“ analysiert hat, zurückgeführt werden: In vielen Gesellschaften der Ersten Welt, auch der US-amerikanischen, ist die Bereitschaft, das eigene Leben oder das Leben von Mitbürgern zu riskieren, um ein übergeordnetes Ziel zu verfolgen, abhanden gekommen. Bereits geringe Verluste führen daher dazu, dass ein Rückzug gefordert wird. Edward Luttwak (1995: 112-166) argumentiert mit anderem Schwerpunkt, dass es gegenwärtig keine unmittelbaren Bedrohungen für die USA gebe. Die Opferbereitschaft bei präemptiven Sicherheitseinsätzen gehe gegen null. Luftschläge in Kombination mit Wirtschaftssanktionen, nicht der Kampf mit Bodentruppen, müssten, so Luttwaks (1995: 116-122) Schlussfolgerung, Kern der US-Sicherheitspolitik werden. Ein langfristiges militärisches Engagement im Irak mit Bodentruppen – das dürften auch die neokonservativen Planer gewusst haben – war zu keinem Zeitpunkt für die USA tragbar.²

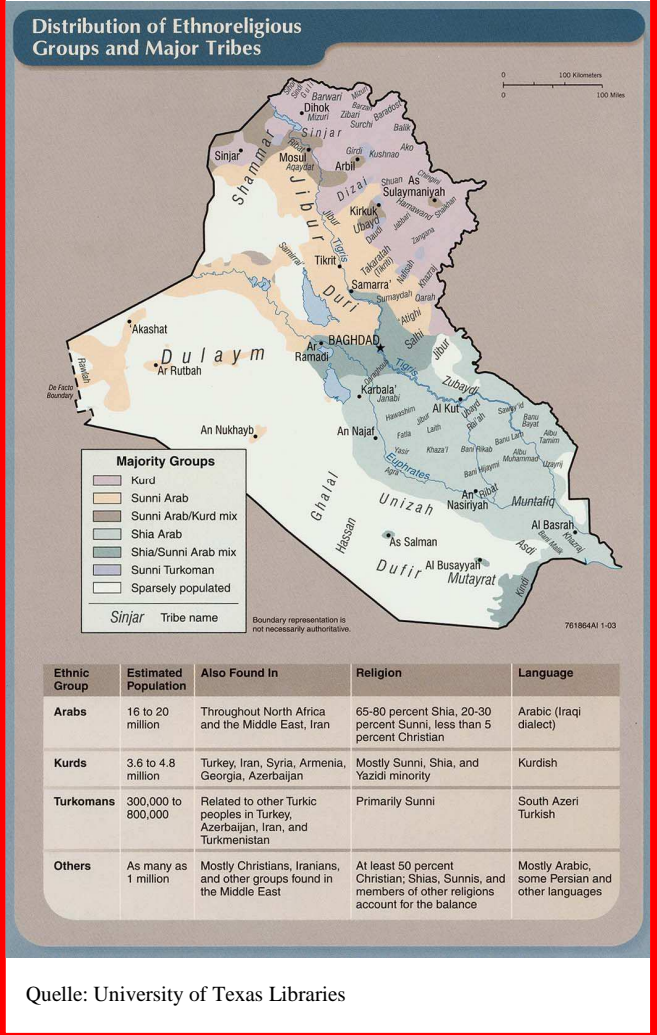
² Somit hat der Irak-Krieg Donald Rumsfelds Doktrin der „multiple wars“ zum Scheitern gebracht. Die USA können nur dann gleichzeitig mehrere Kriege erfolgreich führen, wenn sie ihre Überlegenheit in der symmetrischen Kriegsführung ausspielen können. Langwierige Aufstandsbekämpfung überlastet sie bereits an einem Schauplatz. Ein Truppenabzug kann daher allein schon damit begründet werden, dass nur so die militärische Schlagfähigkeit der USA zu wahren ist.

Außerdem ergibt sich ein zentrales Legitimitätsproblem der Besatzer gegenüber der irakischen und Teilen der internationalen Öffentlichkeit aus ihrer massiven militärischen Überlegenheit – der „Asymmetrie des Krieges“. In ihrer medialen Vermittlung erzeugt sie eine David-Goliath-Mentalität. Der asymmetrisch Überlegene wird unabhängig von Anstrengungen, Kollateralschäden zu vermeiden, in der Regel als Aggressor, der den Konflikt verursacht und eskaliert hat, dastehen (Münkler 2006: 155, 206, 217). Die Überlegenheit der USA und ihre als exzessiv wahrgenommene Gewaltanwendung dienen der „Rechtfertigung“ seitens Aufständischer und Terroristen. Deren brutales Vorgehen wiederum zielt darauf, die Gewalt zu eskalieren, um eine weitere Selbstdiskreditierung der USA zu bewirken (al-Marashi 2004: 7, 10):

In den ersten Tagen nach der Invasion verhielten sich die US-Truppen passiv, wann immer es zu Plünderungen kam. Diese wurden als kurzfristige Erscheinung des Übergangs zum Prosperitätsregime abgetan. Als die USA erkannten, dass sich gewaltoffene Räume gebildet hatten, die den gesamten Irak destabilisierten, und sie ba'athistischen und islamistischen Gruppen in einem asymmetrischen Krieg gegenüberstanden, griffen sie mit massiver Gewalt ein. Dies und die alltäglichen Anschläge von Ba'athisten und Islamisten führten zu zivilen Opfern. Die Besatzungstruppen wurden zunehmend für Gewalt und Leid der Zivilbevölkerung verantwortlich gemacht. Menschenrechtsverletzungen wie im Abu-Ghuraib-Gefängnis und die exzessive Anwendung militärischer Gewalt in dicht besiedelten Gegenden wie der zentralirakischen Stadt Fallujah, in der die Aufstandsbekämpfung im Frühjahr 2004 mit weißem Phosphor, Streubomben und Uranmunition geführt wurde (BBC 08.11.2005), diskreditierten die USA im In- und Ausland.

Allgemein formuliert befinden sich die USA im Irak in einem „Pazifizierungskrieg“, einer militärischen Mission externer Kräfte, die auf Stabilisierung durch Durchsetzung eines Gewaltmonopols abzielt (von Trotha 2005: 6). Die antagonistischen Bestandteile des Begriffes verweisen dabei auf einen zentralen Widerspruch. Kolonialherren bezeichneten ihre Kriege im Sinne einer zivilisatorischen Mission als Pazifizierung. Für die Menschen in den betroffenen Regionen fand jedoch keine Befriedung statt. Es herrschte Krieg; in der Regel gerade gegen die Zivilbevölkerung. Während sich heute wie damals diejenigen, die Pazifizierungskriege führen, in ihrem Selbstverständnis positiv verstehen und in einer Befriedungsmission zum

Abbildung 1: Kulturelle Gruppen des Irak



Wohle der Menschen in den besetzten Gebieten sehen, lassen Propaganda von Aufständischen sowie die Auswirkungen der Aufstandsbekämpfung auf die Zivilbevölkerung die Pazifizierungskrieger der lokalen Bevölkerung und Teilen der internationalen Öffentlichkeit als illegitime Besatzer erscheinen. Aus kritischer Perspektive ziehen die Intervenierenden großen Nutzen aus der Besatzung – im Falle des Iraks die Kontrolle über dessen Erdölvorkommen. Unter der Besatzung bzw. Pazifizierung leiden hingegen die Menschen in den besetzten Gebieten.

Um die Besatzung gegenüber der lokalen Bevölkerung zu rechtfertigen und Verluste unter den eigenen Streitkräften zu vermeiden, ist es daher unabdingbar, dass die Intervenierenden einen Partner vor Ort finden, der ihnen bei Militäraktionen sowie der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung hilft, indem er ein Mindestmaß an Gefolgschaft seitens der lokalen Bevölkerung schafft. Nicht nur die Wahrnehmung der Weltöffentlichkeit, in der sich die

ehemals Besetzten nun selbst regieren, auch die lokalen Loyalitäten, an denen es externen Akteuren immer mangelt, sind entscheidend.

Der lokale Partner übernimmt dementsprechend so schnell und so umfangreich wie möglich Aufgaben vor Ort (Münkler 2006: 304, 308-309). Er verfügt über eine vage „Basislegitimität der kulturellen Zugehörigkeit“, denn er wird von der lokalen Bevölkerung als ‚einer von uns‘ wahrgenommen. Die USA hingegen besitzen angesichts ihrer Unfähigkeit, Sicherheit und Wohlstand für die Iraker zu schaffen, nicht einmal eine „Basislegitimität der Ordnungsmacht“ (vgl. von Trotha 2000: 260, 271). Infolgedessen ist ihr anfängliches Image als Befreier verloren gegangen. Die Mehrheit der irakischen Bevölkerung nimmt sie als feindliche Besatzer wahr (vgl. Global Policy Forum 2008).

Zunächst scheint es angesichts der mangelnden Legitimität der US-geführten Truppen sinnvoll, sicherheitspolitische Verantwortung rasch an irakische Akteure zu übergeben. Die International Crisis Group (2003: 2, 10-11) kritisierte bereits im Juni 2003 die Auflösung vieler Sicherheitsorgane des Ba'ath-Staates. Dies habe nicht nur die Stabilisierung des Landes unmöglich gemacht, sondern auch die ablehnende Haltung der arabischen Sunniten gegenüber Besatzern und Übergangsregierung begründet. Unter der Ba'ath-Herrschaft waren die arabischen Sunniten privilegiert. Nun wurden sie institutionell marginalisiert.

Doch zu argumentieren, die USA hätten den Ba'ath-Staatsapparat einfach zur Stabilisierung des Landes einsetzen können, übersieht, dass sich dieser, insbesondere die Armee, bereits gegen Kriegsende in Selbstauflösung befand. Zwar hätte man versuchen können, die desertierten Soldaten durch Amnestie- und Soldangebote zur Rückkehr in den Dienst zu bewegen. Dass derartige Maßnahmen erfolgreich gewesen wären, ist jedoch insbesondere deshalb zweifelhaft, weil die scheinbar chaotische Auflösung der irakischen Armee höchstwahrscheinlich Teil einer umfassend vorbereiteten Destabilisierungs- und Guerillastrategie der Ba'ath-Elite war (Hendrickson/Tucker 2005: 17-19). Zudem wäre eine Übernahme der Armee des Ba'ath-Regimes durch die USA kaum von den Kurden und Schiiten toleriert worden und hätte weitere Sicherheitsprobleme nach sich gezogen. Folgt man Paul Bremers (2006: 345-346) Darstellung seiner Tätigkeit im Irak, förderten die kurdischen und schiitischen Parteien die Anti-

Abbildung 2: Der Irak und seine Nachbarn



Quelle: Central Intelligence Agency

Ba'ath-Kampagne massiv und gingen gegen jede Zuteilung von Machtpositionen an arabische Sunniten vor.

Als Alternative zum Einsatz US-amerikanischer Soldaten liegt die Zusammenarbeit mit kurdischen und schiitischen Milizen sowie der schnelle Aufbau neuer irakischer Sicherheitskräfte nahe. Die Obama-Administration setzt dies mit hoher Geschwindigkeit um. Den ersten Schritt hierzu stellte der Ende Juni abgeschlossene Abzug der US-amerikanischen Truppen aus allen irakischen Städten dar. Dieser war noch zwischen der Bush-Regierung und ihrem irakischen Pendant unter Ministerpräsident Nuri al-Maliki im *Status of Forces Agreement* (SOFA) im November 2008 vereinbart worden. Nach den irakischen Wahlen Anfang 2010 ist mit einem raschen Abzug der Kampftruppen, die dann höchstwahrscheinlich in Afghanistan eingesetzt werden, zu rechnen. Von derzeit 138.000 US-amerikanischen Soldaten wird nach August 2010 nur noch ein stark reduziertes Kontingent mit einer Stärke von 30.000 bis 50.000 Mann verbleiben. Es wird nicht die Kontrolle des gesamten Landes ermöglichen, sollte aber ausreichen, um entscheidenden Einfluss auszuüben. Im Ernstfall könnten Ba'athisten und Islamisten an einer gewaltsamen Machtübernahme gehindert und Terroristen auf Grund der überlegenen Logistik und Informationsverarbeitung der US-Armee weiter bekämpft werden. Im Wesentli-

chen soll sich das anvisierte Kontingent jedoch auf Schulung, Beratung und Unterstützung der irakischen Sicherheitskräfte beschränken. Nach Ende des Jahres 2011 wird es entsprechend der aktuellen Vereinbarungen zwischen der irakischen und der US-amerikanischen Regierung keine US-Truppen mehr im Irak geben.³

Die Integration lokaler Akteure bedeutet allerdings, zumeist patrimoniale und anti-demokratische Strukturen zu stärken. Der in den neokonservativen Planungen von selbst stattfindende Übergang von der Diktatur zum demokratischen Prosperitätssystem bleibt aus und wird durch die Kooptation einheimischer bzw. lokaler Autoritäten ersetzt. Vom ursprünglichen Ziel des strukturellen Wandels rückt man ab. Zusätzlich deuten die bisherigen Erfahrungen darauf hin, dass irakische Milizen selbst eine nicht unbedeutende Ursache von Instabilität sind.

Milizen, gewaltoffene Räume und ethnisch-konfessionelle Fragmentierung

Fällt das staatliche Gewaltmonopol, können *gewaltoffene Räume* entstehen – Räume, in denen kein Akteur Gewalt verlässlich kontrolliert und die Übernahme einer begrenzten Kontrollfunktion nichtstaatlichen Akteuren offen steht. Da es keine öffentliche Ordnung gibt, dominieren gewaltgestützte Transaktionen das Wirtschaftsgeschehen in sogenannten *Gewaltmärkten*. Beispielsweise können Entführungen, Raub und Schutzgelderpressung dort zur Grundlage materieller Akkumulation werden. Durch die Einbindung in die Gewaltmärkte eröffnen sich für einige Menschen vor Ort wirtschaftliche Chancen für einen rasanten sozialen Aufstieg. Es entwickeln sich Interessen an der Abwesenheit eines übergreifenden Gewaltmonopols. Im Irak etablierten konfessionell definierte Milizen darüber hinaus lokale Gewaltmonopole, die Zivilisten vergleichsweise sichere soziale Gefüge bieten. Dies erzeugt Verhaltensmuster, beispielsweise die Unterstützung von Milizen, die die Position der Zentralregierung und ein von ihr durchzusetzendes Gewaltmonopol untergraben. Gewalttätige Räume schaffen also oftmals Bedingungen, die ihren weiteren Bestand sichern (vgl. Elwert 1997: 87-91, 92-94).

Sicherheit wird seit dem Sturz des Ba'ath-Regimes nicht durch den Staat bereitgestellt, sondern durch ethnisch-konfessionell bestimmte Organisationen oftmals wie

eine Ware angeboten. Neben ehemaligen Oppositionsgruppen wie der *Demokratischen Partei Kurdistans* (KDP) und der *Patriotischen Union Kurdistans* (PUK) mit ihren *Peshmerga*-Milizen und dem *Obersten Schiitischen Rat im Irak* (SCIRI) mit seinen *Badr-Brigaden* sind ab Frühjahr 2003 völlig neue Milizen wie Muqtada al-Sadr's *Madhi-Armee* entstanden. Den meisten Irakern bleibt angesichts des Staatsversagens keine andere Wahl, als bei diesen Gruppen Schutz zu suchen (Dodge 2007: 89-93). Dass diese Alternativinstitutionen zum Staat über bloßes Milizwesen weit hinausgehen, zeigt das schiitisch-islamistische Netzwerk unter informeller Führung Ayatollah Ali al-Sistanis. Es betreibt Bibliotheken, Krankenhäuser und Schulen und unterhält enge Verbindungen zu politischen Organisationen wie der Da'wa-Partei und dem SCIRI (Rahimi 2004: 14-15). Ihre Legitimität erzielen diese Verbände dadurch, dass sie ihre Klientel dem auf Ablehnung stoßenden Zugriff der irakischen Zentralregierung und der US-geführten Truppen entziehen, lokal für ihre Klientel Stabilität schaffen und soziale Leistungen anbieten sowie eine vage Stabilitätsdividende in Form von Aufbau- und Entwicklungsprogrammen versprechen.

Kurz: Als lokale Schutzmacht verfügen sie über die Basislegitimitäten der „kulturellen Zugehörigkeit“ und der „überlegenen Gewalt“ (vgl. von Trotha 2000: 272-273). Zusätzlich erlaubt ihnen die Verwicklung in Gewaltmärkte die legitimierende Bereitstellung von Gütern wie Gesundheit und Bildung. Gegenüber den Milizen können sich die staatlichen Sicherheitskräfte kaum behaupten. Nach Angaben eines britischen Regierungsberaters aus Basra fürchten die Bürger der Stadt nicht mehr die Polizei, sondern die Polizisten hätten Angst, ein von ihnen belangter Bürger könne zu einer mächtigen nicht-staatlichen Organisation gehören (International Crisis Group 2007: 15).

Die alltäglichen Folgen der gewaltoffenen Räume veranschaulicht die Entwicklung in Basra: Mit dem Zerfall der zentralstaatlichen Macht etablierten sich islamistische Banden in der Stadt. Sie gingen zunächst gegen Repräsentanten des ehemaligen Ba'ath-Regimes vor. Dann haben sie ihre Gewalt auf alle ausgeweitet, die ihrer Vormachtstellung und insbesondere ihren wirtschaftlichen Vorteilen entgegenstehen. Klientelismus, machtlose Behörden und daraus resultierende Straffreiheit ermöglichen einen anarchischen Zustand (International Crisis Group 2007: 11, Knights/Williams 2007, Williams 2009). Selbst Parteien, die sich wie die Fadhali-Partei um den damaligen Gouverneur Basras Muhammad al-Waeli als rein politische Ak-

³ Eine detaillierte Studie zum Ablauf des Rückzugs, seinen Auswirkungen auf den Irak und seine Nachbarstaaten sowie hieraus potentiell resultierenden Konflikten hat jüngst die RAND Corporation (Perry et al. 2009) vorgelegt.

teure gebärden, sind massiv in den Erdölschmuggel involviert. Das zentrale Gut der Region wird somit der Besteuerung entzogen und auf in- und ausländischen Schwarzmärkten verkauft. Diejenigen, die durch die Gewinne gestärkt werden, haben verständlicherweise nicht das geringste Interesse an einem staatlichen Gewaltmonopol, sondern sind bemüht, die gewalttätigen Räume zu erhalten. In Verbindung hiermit streben sie nach der Kontrolle der lokalen Sicherheitskräfte und anderer lokaler staatlicher Institutionen, um ihre schattenökonomischen Tätigkeiten abzusichern. Folglich sind die Sicherheitskräfte, die sich zu einem Großteil aus ehemaligen Milizionären zusammensetzen, hochgradig politisiert – ihre Loyalität gilt einzelnen politischen Gruppen – und kriminalisiert: 80 Prozent der Morde im Jahr 2006 sollen von Personen in staatlichen Uniformen begangen worden sein (International Crisis Group 2007: 12-13). Briten und US-Amerikaner müssten, so die International Crisis Group (2007: 18), erkennen, dass ihre vermeintlichen Partner kontinuierlich alle Versuche, einen demokratisch legitimierten Rechtsstaat zu schaffen, untergraben.

Besonders anschaulich wird die von Milizen ausgehende Gefahr am Beispiel der schätzungsweise 60.000 Mann starken *Mahdi-Armee* unter Muqtada al-Sadr. Die *Mahdi-Armee* der Sadristen nutzt die Unsicherheit schiitischer Gemeinden aus und bietet sich als Beschützer an. Haben ihre Kämpfer so Zugang zu einem Stadtviertel gefunden, errichten sie Organisationsbüros, um die Verbindungen zur Bevölkerung zu vertiefen, und beginnen, Druck gegen Repräsentanten der sunnitischen Einwohner auszuüben. Durch demonstrative Gewaltanwendung sollen die Sunniten zum Verlassen des Viertels gedrängt werden. Ihr sozio-ökonomisches Gefüge wird zerstört. Reicht diese Art der Einschüchterung nicht aus, gehen die Kämpfer der *Mahdi-Armee* dazu über, täglich wahllos einige wenige Sunniten zu töten. Entscheidend ist hierbei ganz im Sinne terroristischer Strategien die psychische Wirkung der Morde, denn alle Sunniten des betroffenen Viertels sehen sich nun als potentielle Opfer und fliehen mangels Verteidigungsmöglichkeiten (International Crisis Group 2008: 2-3).

Am Ende eines solchen Prozesses der gewaltsamen Machtübernahme ist die *Mahdi-Armee* ein protostaatlicher Akteur. Sie verfügt lokal begrenzt über ein Gewaltmonopol und nimmt polizeiliche Tätigkeiten wahr. Des Weiteren übernehmen Sadristen Justizaufgaben und entscheiden beispielsweise in Eigentums- oder Ehestreitigkeiten. Sie

finanzieren sich sodann daraus, dass sie für wirtschaftliche Aktivitäten kostenpflichtige Lizenzen vergeben, ohne die sie keinen Unternehmer tätig werden lassen. Die Einnahmen werden unter anderem zur Stärkung des eigenen Machtapparats verwendet. Die Mehrzahl ihrer Kämpfer rekrutiert die *Mahdi-Armee* unter Arbeitslosen, insbesondere perspektivlosen Jugendlichen. Diese könnten, so ein Sadrist gegenüber der International Crisis Group (2008: 6-9), innerhalb von vier bis fünf Tagen reich werden, wenn sie gefährliche Tätigkeiten wie das Töten von Sunniten übernehmen.

Während der militärischen Konfrontation mit den US-geführten Truppen im April und August 2004 wandelte sich die *Mahdi-Armee* auf Grund von Flucht oder Tod vieler ihrer Anführer zu kriminellen Banden von Jugendlichen, die mindestens genauso gefürchtet werden wie die Schergen des Ba'ath-Regimes vor 2003. Weil für diese Kämpfer der *Mahdi-Armee* materielle Vorteile nur aus den gewalttätigen Räumen resultieren, sind sie bestrebt, diesen Zustand beizubehalten. Durch Verhandlungen und Waffenstillstände mit der Regierung und ihren westlichen Partnern macht Sadr sich daher bei einem großen und schwer kontrollierbaren Teil seiner Bewegung unbeliebt. Bei Protesten in Sadr City soll er bereits als zu moderat kritisiert worden sein (International Crisis Group 2008: 20).

Fazit

Trotz dieser strukturellen Probleme setzen die USA auf vermeintlich gemäßigte Milizen sowie neu aufgebaute irakische Sicherheitskräfte als Partner bei der Stabilisierung des Landes. Zwar sprechen die eingangs genannten Zahlen zum deutlichen Rückgang ziviler Opfer und das zumindest kurzfristig erfolgreiche repressive Vorgehen der irakischen Armee gegen Milizen für eine Stabilisierung der Lage.⁴ Auch das „Sunni Awakening“, die seit 2005 forcierte Zusammenarbeit der US-Amerikaner mit sunnitischen Stämmen, deutet auf Teilerfolge der US-Politik hin. Denn so wird die Reintegration der arabischen Sunniten in das neue politische System gefördert. Schätzungsweise 80.000 ehemalige sunnitisch-arabische Aufständische, die von den USA bewaffnet und bezahlt werden, gehen nun äußerst erfolgreich gegen islamistische Terroristen vor.

⁴ Beispielsweise gingen die irakischen Sicherheitskräfte im März 2008 erfolgreich gegen die Mahdi-Armee vor.

Doch die erläuterten Strukturen des konfessionalisierten und ethnisierten Konflikts einschließlich gewaltoffener Räume stellen ein Pulverfass dar. Gegen den alleinigen Einsatz irakischer Sicherheitskräfte spricht, dass bis heute keine friedliche Regelung der entlang ethnisch-konfessionell Grenzen verlaufenden Konflikte erzielt werden konnte. Folglich richten sich irakische Sicherheitskräfte ethnisch-konfessionell aus, anstatt der Zentralregierung gegenüber loyal zu sein. Berichte über gewaltsame Übergriffe mit ethnisch-konfessionellem Hintergrund durch staatliche Stellen (vgl. Human Rights Watch 2005) legen nahe, dass ohne ausländisches Einwirken kein Rechtsstaat im Irak entstehen wird. Es besteht die Gefahr anhaltender ethnisch-konfessioneller „Säuberungen“ und in letzter Konsequenz des Staatszerfalls in einen Kurdenstaat mit Gebietsansprüchen gegenüber Iran und der Türkei im Norden, einen sunnitisch-arabischen Staat ohne nennenswerte Ölvorkommen und landwirtschaftlich nutzbare Flächen in der Mitte und einen fundamentalistisch-schiitischen Staat im Süden.

Für eine friedliche Regelung der Konflikte im Irak gibt es momentan wenig Perspektiven, ganz zu schweigen vom Aufbau eines demokratischen Prosperitätsregimes ohne patrimoniale beziehungsweise ethnisch-konfessionelle Autoritäten – dem ursprünglich laut proklamierten Ziel der Neokonservativen, an das sich mittlerweile anscheinend niemand mehr erinnert.

Literatur

- al-Marashi, Ibrahim (2004): Iraq's Hostage Crisis: Kidnappings, Mass Media and the Iraqi Insurgency, in: Middle East Review of International Affairs, Vol. 8, No.4, S. 1-11
- BBC (08.11.2005/2005): US 'uses incendiary arms' in Iraq. http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4417024.stm (13.11.2009)
- Bremer, Paul (2006): My Year in Iraq: The Struggle to Build a Future of Hope. New York: Simon & Schuster
- Bush, George (2002): The National Security Strategy of the United States of America, Bericht des US-Präsidenten zur außenpolitischen Sicherheitsstrategie <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf> (9.7.2009)
- Dodge, Toby (2007): The Causes of US Failure in Iraq, in: Survival, Vol. 49, No. 1, S. 85-106
- Elwert, Georg (1997): Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt, in: von Trotha, Trutz (Hrsg.): Soziologie der Gewalt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 37, S. 86-101
- Global Policy Forum (2008): Iraq Poll. Meinungsumfrage zur sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Lage im Irak im Auftrag von ABC News, ARD, BBC und NHK <http://www.globalpolicy.org/images/pdfs/0308opinion.pdf> (13.11.2009)
- Hendrickson, David/Tucker, Robert (2005): Revisions in Need of Revising: What Went Wrong in the Iraq War, in: Survival, Vol. 47, No. 2, S. 7-31
- Human Rights Watch (2005): The New Iraq? Torture and Ill-treatment of Detainees in Iraqi Custody, HRW Report, 24 January <http://www.hrw.org/en/reports/2005/01/24/new-iraq> (17.11.2009)
- International Crisis Group (2003): Baghdad: A Race against the Clock, ICG Middle East Briefing, 11.6.2003 http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A401000_11062003.pdf (11.7.2009)
- International Crisis Group (2007): Where Is Irak Heading? Lessons From Basra. ICG Middle East Report No. 67 http://www.crisisgroup.org/library/documents/middle_east_north_africa/iraq_iran_gulf/67_iraq_lessons_from_basra.pdf (11.7.2009)
- International Crisis Group (2008): Iraq's Civil War, the Sadrists and the Surge, ICG Middle East Report, No. 72 http://www.crisisgroup.org/library/documents/middle_east_north_africa/iraq_iran_gulf/72_iraq_s_civil_war_the_sadrists_and_the_surge.pdf (11.7.2009)
- Knights, Michael/Williams, Ed (2007): The Calm before the Storm: The British Experience in Southern Iraq, Washington Institute for Near East Policy – Policy Focus, No. 66 <http://www.washingtoninstitute.org/pubPDFs/PolicyFocus66.pdf> (9.7.2009)
- Le Billon, Philipp/El Khatib, Fouad (2004): From Free Oil to 'Freedom Oil': Terrorism, War and US Geopolitics in the Persian Gulf, in: Geopolitics, Vol. 9, No. 1, S. 109-137
- Luttwak, Edward (1995): Toward Post-Heroic Warfare, in: Foreign Affairs, Vol. 74, No. 3, S. 109-122
- Münkler, Herfried (2003): Der neue Golfkrieg. Reinbek: Rowohlt

- Münkler, Herfried (2005): Über den Krieg: Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexionen. Weilerwist: Velbrück Wissenschaft
- Münkler, Herfried (2006): Der Wandel des Krieges: Von der Symmetrie zur Asymmetrie. Weilerwist: Velbrück Wissenschaft
- O'Hanlon, Michael (2005): Iraq Without a Plan, Hoover Institution – Policy Review, No. 128
<http://www.hoover.org/publications/policyreview/3432146.html> (13.7.2009)
- Perry, Walter et al. (2009): Withdrawing from Iraq: Alternative Schedules, Associated Risks, and Mitigating Strategies, Studie des RAND National Defense Research Institute
http://www.rand.org/pubs/monographs/2009/RAND_MG882.pdf (13.11.2009)
- Rahimi, Babak (2004): Ayatollah Ali al-Sistani and the Democratization of Post-Saddam Iraq, in: Middle East Review of International Affairs, Vol. 8, No. 4, S. 12-19
- Saban Center for Middle East Policy (2003-2009): Iraq Index: Tracking Reconstruction and Security in Post-Saddam Iraq, monatliche statistische Sammlung zur Entwicklung im Irak des Saban Center for Middle East Policy
<http://www.brookings.edu/saban/iraq-index.aspx> (13.9.2009)
- von Trotha, Trutz (2000): Die Zukunft liegt in Afrika: Vom Zerfall des Staates, vom Zerfall der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit, in: Leviathan, Vol 28, No. 2, S. 253-279
- von Trotha, Trutz (2005): Gewalttätige Globalisierung, globalisierte Gewalt und Gewaltmarkt: Vom kolonialen zum postkolonialen Pazifizierungskrieg, von der atomaren Bedrohung zum globalen Kleinkrieg, vom Gewaltmarkt zur Privatisierung und Kommerzialisierung des Krieges, in: Müller, Johannes/Kiefer, Mattias (Hrsg.): Globalisierung der Gewalt: Weltweite Solidarität angesichts neuer Fronten globaler (Un-)Sicherheit. Stuttgart: Kohlhammer, S. 1-26
- Vuillamy, Ed (2003): Israel seeks pipeline for Iraqi oil, The Observer, 20.4.2003
<http://www.guardian.co.uk/world/2003/apr/20/israelandthepalestinians.oil> (14.7.2009)
- Williams, Phil (2009): Criminals, Militias, and Insurgents: Organized Crime in Iraq. Strategic Studies Institute of the US Army War College
<http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/download.cfm?q=930> (17.11.2009)

Impressum:

Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) wurde 1978 am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg zur empirischen und theoretischen Erforschung von Kriegsursachen ins Leben gerufen. Als Projekt „Forschenden Lernens“ beruht sie wesentlich auch auf den Forschungsleistungen von Studierenden. Durch die Herausgabe des Jahrbuchs „Das Kriegsgeschehen“ stellt die AKUF kontinuierlich aktuelle Daten zu zeitgenössischen Konflikten für Wissenschaft und Öffentlichkeit bereit.

Die **AKUF Analysen** erscheinen unregelmäßig und bieten Informationen zu einzelnen Konflikten und Themen des weltweiten Kriegs- und Konfliktgeschehens. Sie sind in elektronischer Form und als Druckversion verfügbar.

ISSN 1867-0792

Redaktion: Felix Gerdes, Stephan Hensell, Wolfgang Schreiber; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Felix Gerdes

Kontakt: Postanschrift: AKUF, Institut für Politikwissenschaft der Universität Hamburg, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg

E-Mail: akuf@sozialwiss.uni-hamburg.de

Web: www.akuf.de